

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rubischappel und Trischheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die leihgelpaltene Grundzeile wird mit 1,50 M., für auswärtige Beileiter mit 1,75 M., berechnet. Im Reflekt. und amtliden Teile kostet die dreispaltene Zeile 3,50 M., für Auswärtige 4.— M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtausdruck: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 49

Montag, den 27. Februar 1922

72. Jahrgang

Kurze wichtige Nachrichten.

- * Ein römischer Bericht der Agentur Volta meldet, daß Rathenau demnächst zu einer Besprechung mit der italienischen Regierung nach Rom kommen werde. In italienischen und deutschen Kreisen Roms wird allerdings erklärt, daß bis jetzt über diese angeblich: Reise Rathenaus noch nichts bekannt sei.
- * In der letzten Sitzung der Groß-Berliner Betriebsräte teilte Bröckel mit, daß die Annahmestellung der Führer des letzten Aufstandes in Mitteldeutschland Anfang April erfolgen wird.
- * Die Kruppwerke haben sämtliche 32 abgehende Ingenieure der Flugzeugabteilung des Technischen in Kantenhausen, der einzigen Flugzeugabteilung Deutschlands, als Flugzeug-Ingenieure nach Südamerika verpflichtet.
- * Nach dem Evening Standard wird das englische Königspaar Paris gegen Osten einen offiziellen Besuch abtätigen, der gleichfalls als Besiegung des Garantievertrages gedacht ist.
- * Der „Völkischer Anzeiger“ meldet aus Paris, daß der neue französische Seereset die Errichtung von neuen Garnisonen im Elah unmittelbar der Rheinfront entlang vorseht.
- * Auf französische Initiative ist zwischen der Tschechoslowakei, Polen und den beiden baltischen Staaten loeben eine Eisenbahnkonvention abgeschlossen worden, die einen direkten Verkehr zwischen diesen Staaten vorseht. Bisher konnte man von Prag und Warschau nur unter Benutzung deutscher Eisenbahnmittel nach Riga und Reval gelangen.

Deutsches Reich

Zwangspensionierung der Beamten in Sachsen.

Dresden. Wie verlautet, plant die sächsische Regierung ein Gesetz, wonach alle über 65 Jahre alten Staatsbeamten zu pensionieren sind. Bisher erfolgte die Pensionierung lediglich auf Grund einer Verordnung, die sehr milde gehandhabt wurde. Nicht betroffen von dem Gesetz sollen die Richter sein, deren Unabhebbarkeit auch in dem neuen Gesetz anerkannt wird.

Unser Sinoentum.

Berlin. Die „Times“ melden: Die Vorberatungen für den Wiederaufbau Rußlands nehmen unter Zuziehung der Deutschen einen günstigen Fortgang. Die Freitagssitzung hat die Annahme der deutschen Vorschläge gebracht, alle deutschen Wiederaufbauleistungen an Rußland auf das Konto der Reparationszahlungen zu buchen, einschließlich einer eoll. Mitarbeit deutscher Arbeiter und Angestellten in Rußland. Die Konferenz wird gegen Ende kommender Woche ihre Beratungen zum Abschluß bringen. — Diese Meldung ist nach ihrem Wortlaut in ihrer Tragweite einseitig schwer zu erkennen. Die einzige Möglichkeit, uns aufzurichten, weist nur auf Rußland hin. Wird uns die Möglichkeit, für das eigene Land zu arbeiten, genommen, und unsere Arbeit in und mit Rußland unter die Kontrolle der Entente gestellt, so bedeutet das die Unterbindung auch der letzten Möglichkeit, uns aufzurichten. Man wird über die Angelegenheit das Nähere abwarten müssen.

Die Frage der Sachleistungen.

Wie der Berliner Volksanzeiger hört, hat die Reichsregierung nun durch die Aussprache im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages einige Richtlinien gewonnen, nach denen sie weiter: Verhandlungen mit der Reparationskommission führen kann. Diese Richtlinien scheinen darauf hinauszuweisen, daß eine Kontrolle bei der Durchführung der Sachleistungen eingerichtet wird. Bei der Besprechung im Auswärtigen Ausschuss kam weiter zum Ausdruck, das Vorschlagsprogramm nur für das Jahr 1922 beizubehalten. Frankreich kommt bei den Lieferungen nicht in Frage, sondern vor allem Belgien, Tschechien und Italien.

Die Kontrolle der deutschen Luftschiffahrt.

Zwischen den Alliierten finden gegenwärtig Verhandlungen darüber statt, wie nach der vom 5. Mai d. J. erteilten Wiederaufnahme des Baues von Flugzeugen Deutschland kontrolliert werden soll. Namentlich Frankreich bemüht sich eifrig, eine wirksame Überwachung der deutschen Luftschiffahrt zu erreichen. Ueber die Bedingungen und Formeln dieser Kontrolle ist man bisher aber noch zu keiner Einigung gekommen.

Die Besprechung in Boulogne.

Paris, 27. Februar. Poincaré ist gestern Morgen acht Uhr von Paris nach Boulogne gereist und nahm in der Unterpräfektur Wohnung, wo auch Lloyd George um zwei Uhr vierzig Minuten zu den Besprechungen eintraf. Poincaré erwartete Lloyd George und um drei Uhr wurden die Verhandlungen sofort aufgenommen. Lloyd George ist gestern Abend nach Lympe zurückgekehrt. Nach Schluß der Konferenz wurde ein amtlicher Bericht fertiggestellt und den englischen Journalisten vorgelesen, der nach der von Savas verbreiteten Meldung folgendermaßen lautet:

„Herr Lloyd George und Herr Poincaré haben sich heute in Boulogne in der Unterpräfektur getroffen, wo sie eine mehr als drei Stunden lange Unterredung hatten, in deren Verlaufe sich die beiden Premierminister auch mit der Konferenz von Genua beschäftigten und sich über die Garantien einigten, die zu ergreifen sind, damit weder der Prärogativen des Völkerbundes noch den Rechten der Verbündeten an Wiedergutmachungen Abbruch geschieht. Die Sachverständigen werden in London innerhalb kurzer Zeit zusammentreten, um die wirtschaftlichen und technischen Fragen zu prüfen. Die italienische Regierung wird gebeten werden, die Konferenz von Genua zum 10. April einzuberufen. Herr Lloyd George und Herr Poincaré haben sich sehr freundlich über alle Punkte, die sie behandelt haben, verständigt und sie haben aus ihrer Unterredung die Gewissheit mitgenommen, daß die Verständigung zwischen England und Frankreich in allen internationalen Fragen derselben ist, bald sehr fruchtbare Resultate zu zeitigen. Sie haben auch die Gewissheit mitgenommen, daß keinerlei Schwierigkeiten politischer Art die beiden verbündeten Nationen behindern werden, zusammen im gegenseitigen Vertrauen an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und an der Konsolidierung des Friedens zu arbeiten.“

Nach der Abreise Poincarés hat Lloyd George die englischen Journalisten empfangen und ihnen gegenüber den freundschaftlichen Charakter der Besprechung betont und erklärt, daß man sich in voller Uebereinstimmung getrennt habe. Die Aufnahme des Boulogner Konferenzergebnisses in London und Paris.

Paris, 27. Februar. In London und Paris ist man

über das Ergebnis der Boulogner Konferenz sehr hoffnungsfroh gestimmt.

Für Deutschland keine Erleichterung.

Die englischen und französischen Zeitungen läuteten alle Gloden zum Besprechungstage, den Lloyd George mit Poincaré als Vorspiel zu Genua feiern würde. Wir kennen den Ton, wir hätten dieses Glodenläuten nicht zum ersten Male. Es ist das Arm-Sünderglöckchen für Deutschland! Nicht, als ob wir nur leben wollten oder leben konnten von den Fehlern, der Zwicktracht der andern. Diese Auffassung sollte niemals in der deutschen Presse aufkommen, weil sie automatisch die Front der feindlichen Koalition schließt. Hier gilt das französische Wort, das nach Sedan gesprochen wurde: „Sammer daran denken, nie davon reden!“ Wir haben es mehr als einmal erfahren, daß feindlich Zwicktracht auf dem krummen deutschen Bude! ausgeklopft wird. Und so ist es auch jetzt geschehen, als Lloyd George und Poincaré sich die Hände schüttelten.

Deutschlands weitere Auspressung.

Genf, 26. Februar. Das „Journal“ meldet: Poincaré und der Finanzminister de Lasteyrie und Mitglieder von der Finanzkommission des Senats wurden über die Reparationsfrage angehört, besonders darüber, wie die Regierung sich die nötigen Gelder zu beschaffen suchen werde, um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fortzuführen, ob durch eine Anleihe oder durch andere Mittel. De Lasteyrie führte aus, daß die Gelder nur durch Deutschland herbeigeschafft werden könnten, und zwar im Wege einer internationalen Anleihe, die Deutschland in diesem Jahre auslegen müßte.

700 Millionen Goldmark für 1922.

Rotterdam, 26. Februar. Die „Morning Post“ meldet aus Paris, daß ihrem Korrespondenten aus guter Quelle mitgeteilt wird, daß die Reparationskommission die Höhe der deutschen Zahlungen für 1922 mit 700 Millionen Goldmark festgelegt habe. Hierbei sei ein zweimonatiges Moratorium für April und Mai vorgesehen.

Neue Verhaftungen.

München. Wie die „Münchener Post“ erzählt, wurden außer dem in der Erbberger-Sache verhafteten Rechtsanwalt Müller 12 im Dienste der von Sanitätsrat Dr. Vittinger geleiteten politischen Bewegung stehende Herren bei einer Sitzung von der Polizei überführt. Unter den Verhafteten befinden sich ein Ungar vom Verein der erwachsenen Maggaren und der früherer Leiter der politischen Polizei in Bamberg, Graf Soden, der Vertrauensmann von Karl von Böhmer. Die aus diesem Grunde bei dem früheren Polizeipräsidenten von München, dem jetzigen Oberlandesgerichtsrat von Böhmer, vorgenommene Hausdurchsuchung verlief ergebnislos.

Für Wiedereinführung des Bußtages in Braunschweig.

Braunschweig. Die Landesynode hat die Kirchenregierung ersucht, alle zulässigen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Wiedereinführung des Landtagsabschlusses herbeizuführen, nach welchem der Bußtag nicht mehr als gesetzlicher Feiertag gilt. In kirchlichen Kreisen trägt man sich mit der Absicht, den Bußtag auf den 9. November zu verlegen, der hier in Braunschweig als gesetzlicher Feiertag eingeführt ist.

Ausland.

Oesterreich soll Lokomotiven und Waggons abliefern.

Wien. Die Notabienkonferenz fordert von Oesterreich die Ablieferung von Lokomotiven und Eisenbahnwaggons, an Italien. Es handelt sich um 10 Lokomotiven und Waggons, die nach Abschluß des Waffenstillstandes von der italienischen Front zurückgezogen sein sollen. An zuständiger Stelle hofft man, Italien zu überzeugen, daß Oesterreich mit Rücksicht auf den Lokomotivmangel und auf die zahlreichen Einstellungen von Schnellzügen nicht in der Lage ist, noch mehr Betriebsmittel abzuliefern.

Im Wiederaufbaubereich.

Regieres, Mitte Februar.

In Paris tobt die Rednerschlacht Loucheur-Keibel-Jugbels und Konforten geringeren Formats. Der Dissident Jugbels, der im Dienste seiner Partei steht, macht einige trampfaste Verjuche, die Ungeheuerlichkeiten der französischen sogenannten Wiederaufbaupolitik aus Tageslicht zu zerren. Er macht bestimmte Angaben, bringt Tatsachen, will ohne Rednerkünste beweisen und überzeugen. Er hat als Abgeordneter des Nordens täglich Gelegenheit, hinter die Kulissen der offiziellen Schlingenspielt zu blicken. Nicht immer gelingt es ihm, sich Dokumente zu verschaffen; denn die „Ausbeuter der Ruinen“ wahren natürlich aufs peinlichste das Geschäftsgeheimnis. Er zitiert ein gutes halbes Duzend besonders traurige Fälle, die auf das Zögern mit völliger Sicherheit schließen lassen.

Loucheur antwortet, aber seine Antwort trifft nebenbei. Er spricht zu sehr pro domo, um zu überzeugen. Er weiß, es genügt, wenn er überhaupt spricht: die meisten seiner Zuhörer sind persönlich zu seinen Gunsten interessiert. Wie ein Sturm bricht Beifall los und überbietet das Lachen der äußersten Linken. Wehmütig stellt Jugbels fest: „Die alten Skandale vergeht man, und die neuen läßt man alt werden.“

Keibel spricht mit klarer, wohlklingender Stimme, die auf die Dauer fast hypnotisch wirkt. Er ist gewollt trocken und phrasenlos. Er gefällt sich in Zahlen und Statistiken. In den Wandelgängen erklärt ein Abgeordneter, daß alle diese Angaben sehr unzuverlässig sind, daß sie zum mindesten einer Nachprüfung bedürfen. Keibel, der neue Wiederaufbauminister, verlagert überall da, wo er sich über Grundfähiges seiner Politik äußern soll. Wird er deutsche Arbeiter heranziehen, ja oder nein? Erkennt er die Abmachungen von Wies-